

Ungleichheit Vor einer Phase der Enttäuschungen

Bereits kurz nach Ausbruch der globalen Finanzkrise im Jahre 2008 warnte ich, dass es, sofern nicht die richtigen Strategien umgesetzt würden, zu einer Malaise japanischen Stils kommen könnte – mit niedrigem Wachstum und nahezu stagnierenden Einkommen auf Jahre hinaus. Obwohl die politischen Führungen auf beiden Seiten des Atlantiks behaupteten, sie hätten aus dem Fall Japan gelernt und machten prompt einige derselben Fehler. Inzwischen warnt selbst ein früherer Spitzenvertreter der US-Regierung, der Ökonom Larry Summers, vor einer langfristigen Stagnation.

Ungleichheit und globale Ungleichgewichte nehmen zu

Der wesentliche Punkt, den ich vor einem halben Jahrzehnt ansprach, war, dass die US-Volkswirtschaft in einem grundlegenden Sinn bereits vor der Krise krank war. Es war lediglich eine durch lasche Regulierung und niedrige Zinssätze bedingte Vermögenspreisblase, die die Volkswirtschaft gesund erscheinen liess. Unter der Oberfläche gab es jede Menge Probleme: Wachsende Ungleichheit, verschleppte Strukturreformen, Wandel von einer fertigungsgestützten Volkswirtschaft zu einer Dienstleistungswirtschaft, Anpassung an die sich ändernde globale Wettbewerbslandschaft und anhaltende globale Ungleichgewichte (siehe auch «Handelszeitung» Nr. 6 vom 6.2.2014 zur Ungleichheitsdebatte: «Kapitalismus – Erben oder reich heiraten»). Zudem war das Finanzsystem mehr auf Spekulation bedacht als auf Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, die Produktivität steigern und Überschüsse so verteilen, dass sich dadurch der gesamtgesellschaftliche Nutzen maximiert.

Die Politik hat es in ihrer Reaktion auf die Krise versäumt, diese Probleme in Angriff zu nehmen. Schlimmer noch, sie verschärfte einige davon und schuf zusätzliche neue – und zwar nicht nur in den USA. Das Ergebnis waren steigende Schulden in vielen Ländern, da der Einbruch beim BIP die Staatseinnahmen schrumpfen liess. Ausserdem brachte der Investitionsmangel im öffentlichen und privaten Sektor eine Generation junger Leute hervor, die jahrelang untätig und in zunehmender Entfremdung verbrachten, und dies an einem Punkt ihres Lebens, wo sie ihre Fertigkeiten hätten verfeinern und ihre Produktivität steigern sollen.

Auf beiden Seiten des Atlantiks dürfte das BIP in diesem Jahr deutlich stärker steigen als



Joseph E. Stiglitz
US-amerikanischer Ökonomienobelpreisträger

«Unsere derzeitigen Probleme sind das Ergebnis einer falschen neoliberalen Politik.»

2013. Doch bevor jene politischen Führer, die sich für die Sparpolitik entschieden, den Champagner aufmachen und sich gegenseitig zuprosten, sollten sie prüfen, wo wir derzeit stehen, und sich den nahezu irreparablen Schaden vergegenwärtigen, den diese Politik angerichtet hat.

Jeder Abschwung geht irgendwann zu Ende. Das Kennzeichen guter Politik ist, dass sie den Abschwung erfolgreich kürzer und weniger tief macht, als er es sonst gewesen wäre. Das Kennzeichen der von vielen Regierungen verfolgten Sparpolitik ist, dass sie den Abschwung ohne Not deutlich vertieft und verlängerte, mit langanhaltenden Folgen.

Das reale (inflationbereinigte) BIP pro Kopf ist in den meisten Teilen des Nordatlantikkraums heute niedriger als 2007: Die griechische Volkswirtschaft ist um schätzungsweise 23 Prozent geschrumpft. Deutschland, das europäische Land mit der besten Wirtschaftsentwicklung, wies während der letzten sechs Jahre ein armseliges Wachstum von durchschnittlich 0,7 Prozent pro Jahr auf. Die US-Wirtschaft ist noch immer rund 15 Prozent kleiner, als sie es selbst bei Beibehaltung des bescheidenen Trendwachstums vor der Krise gewesen wäre.

Die mittleren US-Realeinkommen liegen unter dem Niveau von 1989

Doch selbst diese Zahlen erzählen noch nicht in aller Härte, wie schlecht es steht, weil das BIP kein guter Erfolgsmassstab ist. Viel relevanter ist die Entwicklung der Haushaltseinkommen. Die mittleren Realeinkommen in den USA liegen heute unter dem Niveau von 1989, also vor einem Vierteljahrhundert, und die mittleren Einkommen vollzeitbeschäftigter männlicher Arbeitnehmer sind heute niedriger als vor über 40 Jahren.

Einige, wie der Ökonom Robert Gordon, haben vorgeschlagen, dass wir uns an eine neue Realität anpassen sollten, deren langfristiges Produktivitätswachstum deutlich unter dem des letzten Jahrhunderts liegt. Angesichts der – sich in der Zeit vor der Krise widerspiegelnden – miserablen Erfolgsbilanz der Ökonomen selbst bei einem Vorhersagehorizont von drei Jahren sollte niemand viel Vertrauen in eine Kristallkugel setzen, die Vorhersagen mit einem Zeithorizont von Jahrzehnten macht. Eines jedoch erscheint klar: Ohne eine geänderte Regierungspolitik steht uns eine lange Phase der Enttäuschungen bevor.

Die Märkte korrigieren sich nicht selbst. Die oben skizzierten grundlegenden Probleme könnten sich verschärfen, und viele tun es

bereits. Ungleichheit führt zu einer schwachen Nachfrage. Zunehmende Ungleichheit schwächt die Nachfrage weiter – und in den meisten Ländern (einschliesslich der USA) hat die Krise die Ungleichheit lediglich verschärft.

Während sich die chinesischen Handelsüberschüsse abgeschwächt haben, haben sie sich in Nordeuropa sogar noch erhöht. Vor allem aber waren die Märkte noch nie besonders gut dabei, aus eigener Kraft schnell einen strukturellen Wandel hinzubekommen. Der Übergang von der Landwirtschaft zur Fertigungswirtschaft etwa verlief alles andere als reibungslos. Im Gegenteil: Er ging mit erheblichen gesellschaftlichen Verwerfungen und der Groen Depression einher.

Staaten hemmen den Wandel durch ihre Sparpolitik

Das ist diesmal nicht anders, doch in gewisser Weise möglicherweise sogar noch schlimmer: Die Sektoren, die entsprechend den Bedürfnissen und Wünschen der Bürger wachsen sollten, sind Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit, die traditionell (aus gutem Grund übrigens) von der öffentlichen Hand finanziert werden. Doch statt dass der Staat den Wandel unterstützt, hemmt er ihn durch seine Sparpolitik.

Eine Malaise ist besser als eine Rezession und eine Rezession besser als eine Depression. Aber die Schwierigkeiten, vor denen wir nun stehen, sind nicht das Ergebnis der unerbittlichen Gesetze der Ökonomie, an die wir uns eben anpassen müssen, wie wir es bei einer Naturkatastrophe wie einem Erdbeben oder Tsunami täten. Sie sind nicht einmal eine Art von Busse, die wir für vergangene Sünden zahlen müssen – obwohl natürlich die während der letzten drei Jahrzehnte vorherrschende neoliberale Politik viel mit unserem aktuellen Dilemma zu tun hat.

Vielmehr sind unsere derzeitigen Probleme das Ergebnis einer falschen Politik. Es gibt Alternativen. Aber wir werden sie nicht in der Selbstzufriedenheit der Eliten finden, deren Einkommen und Aktienportfolios einmal mehr steil wachsen. Nur bestimmte Leute, so scheint es, müssen sich an einen dauerhaft niedrigeren Lebensstandard gewöhnen. Unglücklicherweise ist das die Mehrheit.

Joseph E. Stiglitz ist Nobelpreisträger für Ökonomie und Professor an der Columbia University. Zuletzt ist als Buch von ihm erschienen: «Der Preis der Ungleichheit: Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht». © Project Syndicate, 2014

Post Diskriminierung muss aufhören

Stellen Sie sich folgenden Feierabend vor: Sie waren kurz am Kiosk, haben mit der letzten Zehnernote im Portemonnaie ein Magazin und ein Schoggiestängeli gekauft. Im Mund noch den süssen Geschmack, laufen Sie zum nächsten Postschalter, denn Sie müssen vor Schalterabschluss noch unbedingt ein Päckli nach Übersee schicken. Artig warten Sie, bis Ihre Nummer aufgerufen wird.

Als Sie endlich drankommen und am Schalter die 26 Franken (!) bezahlen wollen, zücken Sie Ihre EC-Karte und wollen bezahlen. Doch auf einen Schlag vergeht Ihnen der süsse Geschmack im Mund. «Karte entnehmen» zeigt das Display des Lesegeräts an. Und die Postangestellte erklärt Ihnen, wie sie es wohl schon tausendmal erklärt hat: «EC oder Kreditkarte geht bei uns nicht. Sie können gerne mit Bargeld bezahlen. Oder natürlich mit unserer Postcard.» So eine haben Sie aber nicht – wie 5 Millionen andere Kundinnen und Kunden der Post auch nicht.

Es bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als sich das Paket wieder unter den Arm zu klemmen, zum nächsten Bancomat zu rennen, Geld abzuheben, alles zurück zur Post zu tragen und hintanzustehen (wenn die Post bis dann nicht zu ist). Und Sie ärgern sich kräftig: Denn in der Tat akzeptiert die Post neben Bargeld nur das eigene Plastikgeld, die Postcard. Wer wie allgemein üblich mit einer Debit- oder Kreditkarte eines Drittanbieters (zum Beispiel Maestro, Visa,

Mastercard) zahlen will, blitzt ab. Gemäss Post sind die Kosten Grund für ihre diskriminierende Praxis – in einer Zeit, in der jeder Tante-Emma-Laden (und sogar die Post-Agenturen) ohne weiteres Karten annimmt. Sodann sei, wie die Post weiter argumentiert, das Bedürfnis der Postkunden, Drittkarten zu verwenden, vernachlässigbar klein. Alle Zuschriften, die ich erhalte, zeigen aber klar das Gegenteil. Andere ärgern sich genauso über die kundenunfreundliche Geschäftspolitik der Post.

Postkunden sollen auch mit EC- oder Kreditkarten zählen können

Für eine Service-Public-Dienstleisterin wie die Post ist dies doppelt fehl am Platz. Die Post hat im Briefmarkt ein Teilmonopol. Die Bürgerinnen und Bürger sind demnach gezwungen, ihre Dienste in Anspruch zu nehmen. Der gelbe Riese missbraucht somit seine Sonderstellung und verschafft sich einen unfairen Wettbewerbsvorteil.

Die Post erachtet das als normal. Zitat: «Die Post behält sich eine gewisse Exklusivität der eigenen Zahlungsmittel in ihrem Netz vor. Für die Post ist es wichtig, dass die Kunden im posteigenen Distributionskanal Postfinance als starkes Finanzinstitut wahrnehmen.» Auf Deutsch: Die Post geniesst es, ihre Marktmacht auszuspielen.

Das Thema beschäftigt die Postkunden seit Jahren. Doch leider hat sich die Post

(ausser in den Agenturen und wenigen Postshops) bisher nicht freiwillig für Drittkarten geöffnet. Somit liegt der Ball nun bei der Politik. Entsprechend habe ich im Sommer 2013 eine parlamentarische Initiative eingereicht. Am vergangenen Dienstag behandelte die zuständige nationalrätliche Kommission (KVF-N) meinen Vorstoss zum zweiten Mal.

Auch sie ist der Meinung: Wer keine Postcard besitzt, soll am Postschalter nicht mehr diskriminiert werden. Mit meinem Vorstoss als Druckmittel in der Hand hat sie das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) aufgefordert, der Post Beine zu machen. Bis im Herbst 2014 will die Kommission Resultate sehen. Zusammen mit der FDP werde ich mich weiterhin gegen den Missbrauch dieses Teilmonopols und für die Konsumentinnen und Konsumenten engagieren.

Fazit: Die Molkerei zum Krönl im appenzellischen Herisau, wo ich herkomme, kann es. Und auch in der «Helvetia Bar» am Zürcher Stauffacher nimmt man, ohne mit der Wimper zu zucken, verschiedene bargeldlose Zahlungsmittel an. Die scheinheiligen Ausflüchte der Teilmonopolistin Post, weshalb bei ihr nur die Postcard denkbar sei, kann ich nicht gelten lassen. Kundenfreundlichkeit geht vor. Hier muss der gelbe Riese dringend nachsitzen.

Andrea Caroni FDP-Nationalrat, AR

Katapult So nützen Sie die Ferienzeit ...

... **Finden Sie Ihren Rhythmus** – Frau & Kinder & Chef & Kollegen sind weg; endlich können Sie so hart arbeiten, wie Sie schon lange wollten.

... **Bauen Sie Reserven auf** – Wenn die Pendenzenberge erstmal weg sind, hats endlich wieder Platz für neue.

... **Laden Sie die Batterien** – Damit Sie den Laptop auch mal rausnehmen können, wenns niemand sieht.

... **Gehen Sie in sich** – Nie hat man so viel Musse, die nächsten Karriere-schritte so seriös anzupacken.

... **Falls alles nichts nützt** – Bereiten Sie wenigstens die nächsten Ferien minutiös vor, damit Sie dann nicht wieder zu nichts kommen.

Thomas Pfister